

# Neueste Mittheilungen.

Verantwortlicher Herausgeber: Dr. jur. D. Hamann.

Berlin, Freitag, den 9. Juni 1893.

## † Vor der Entscheidung!

Die erste Stunde der Entscheidung naht! Machen wir uns daher noch einmal klar, was auf dem Spiele steht!

Worüber die deutschen Wähler am Donnerstag abzustimmen haben, ist eine sehr einfache, aber hochwichtige und bedeutungsvolle Frage. Es handelt sich um die Ehre und um die Zukunft unseres Vaterlandes; es handelt sich um die Frage, ob wir unser Vaterland so lieben, daß wir ihm die Mittel zu seinem Schutz und zu seiner Vertheidigung geben wollen oder nicht, es handelt sich darum, ob wir die deutsche Einheit, nach der unsere Vorfahren so lange vergebens gerungen und die der große Kaiser Wilhelm mit seinem Heere in dem glorreichen Feldzuge gegen Frankreich erstritten und verwirklicht hat, noch hoch genug schätzen, um für sie ein Opfer zu bringen, oder nicht; kurz es handelt sich darum, ob wir uns der Helden in jenem großen Kriege würdig erzeigen und unseren Kindern unverfehrt und ungeschmälert das Glück erhalten wollen, das uns in jenen großen Tagen beseelte und jeden Patrioten bis zur Stunde beseelt, nämlich Bürger eines einigen großen Deutschlands zu sein!

Alle anderen Fragen, welche in den Wahlkampf geworfen, sind Verdrehungen der Wirklichkeit und Wahrheit, die keinen anderen Zweck haben, als elenden und nichtigen Parteinteressen zu dienen. Die großen Worte, mit denen man sie umkleidet hat, sind nichts weiter als Vorspiegelungen und Täuschungen, mit denen man das klare patriotische Urtheil der Wähler zu verwirren sucht. „Militarismus“, „Unerträglichkeit der Lasten“, „Angriffe auf Rechte und Freiheiten des Volkes“ — dieses und ähnliche Schlagworte sind erfunden worden, um den Sinn der Wähler von der großen Bedeutung dessen, was auf dem Spiele steht, abzulenken und die Waffen abzustumpfen, mit denen jeder echte Patriot die inneren wie die äußeren Feinde des Reichs nicht einen Augenblick zögern würde zu vernichten, wenn er klar die Gefahren erkennt, die das Deutsche Reich leider nicht nur von außen bedrohen, sondern die ihm fast noch mehr aus seinen inneren Verhältnissen zu erwachsen scheinen.

Als vor zweiundzwanzig Jahren die deutsche Einheit ein vollendetes Werk war, da zogen Jubel und Begeisterung durch alle deutschen Gauen, und nur ein Gefühl war es, das uns beseelte, das Gelübde, aufrechtzuhalten, was wir errungen, und das kostbare Gut der Einheit mit dem letzten Tropfen Blutes zu vertheidigen. Ist das auch heute noch unser Wille? Ist das Gefühl der Vaterlandsliebe noch stark genug, um diejenigen Mittel herbeizuschaffen, deren es zu seiner Erhaltung bedarf?

Und welche Mittel sind es, deren Bewilligung vom Volke jetzt gefordert wird? Es soll von je **1000 Einwohnern** jetzt ungefähr ein **Rekrut** mehr als bisher gestellt und jeder Einwohner soll dafür nur mit **etwa 1,10 Mark für das ganze Jahr** belastet werden. Das sollte unerträglich sein einem Volke, das jährlich über 1000 Millionen Mark — also, auf den Kopf berechnet, mehr als 20 Mark — in Wein, Bier u. vertrinkt? Und für die kleine Mehrbelastung wird der Vortheil geboten, daß künftighin die Fußtruppen statt dreier Jahre nur **zwei** zu dienen haben und die Landwehrmänner im Kriege gesont werden! Kann man da von „Militarismus“, von „unerträglichen Lasten“ reden?

In athemloser Spannung warten die anderen Völker den Ausfall der deutschen Wahlen ab. Sie wissen es ganz genau zu beurtheilen, was der Ausfall dieser Wahlen zu bedeuten hat, ob Deutschland von der Stellung abtanken will, die es 22 Jahre lang eingenommen, ob der deutschen Nation die Erhaltung des Vaterlandes zu kostspielig ist, oder ob Deutschland gewillt ist, auch fernerhin im Frieden geachtet, im Kriege gefürchtet zu sein und hierfür die Opfer zu bringen, welche die Erhaltung des Friedens oder den Erfolg in einem Kriege verbürgen. Das weiß jeder

Mensch im Auslande, und bei uns will man wie der Vogel Strauß seinen Kopf in den Sand stecken, damit glauben machen, daß keine Gefahren vorhanden seien? Die freundliche Miene, welche das Ausland jetzt in wohlervogener Berechnung aufsteckt, wird sogar thörichter Weise von verbissenen Parteisanatikern oder unverbesserlichen Optimisten dazu mißbraucht, um dem deutschen Volke die Annehmlichkeit der Rolle, die es früher gespielt hat, nämlich die des guten ehrlichen, aber dummen deutschen Michels wieder mundgerecht zu machen! Ein Hohngelächter würden unsere Feinde anschlagen, wenn der Ausfall der Wahlen den Erfolg all jener Bemühungen bestätigte. Dem Hohngelächter würde aber bald auch der Krieg folgen, dessen Ausgang unsicher wäre!

Fort mit dem traurigen Bilde unserer Schmach! Zeigen wir, daß wir noch Ehre im Leibe, Verstand im Kopfe, Entschlossenheit und Vaterlandsliebe im Herzen haben! Wer das hat, der hat auch die Pflicht, es durch seine Betheiligung an der Wahl wie durch seine Abstimmung zu bethätigen. Bringen wir den letzten Mann auf, um unsere inneren Gegner zu schlagen; dann wird auch der Friede nach außen uns erhalten, der Erfolg eines etwaigen Krieges uns verbürgt bleiben. **Wähle Jeder so, wie er im Falle eines Krieges wünschen würde, gewählt zu haben!**

## †† Für die zweijährige Dienstzeit im Frieden! Gegen die Blut- und Gutopfer der älteren Leute im Kriege!

Jetzt wenige Tage vor dem Wahltermin ist der rechte Zeitpunkt, sich noch einmal die volkswirtschaftlichen Vortheile zu vergegenwärtigen, welche die zur Entscheidung stehende Militärreform enthält.

Es soll bei allen Waffen, mit Ausnahme der Kavallerie und der reitenden Artillerie, die zweijährige Dienstzeit eingeführt werden. Ueber die große Bedeutung dieser Erleichterung der persönlichen Dienstlast wäre kein Wort weiter zu verlieren, wenn nicht die Demokratie aller Farben behauptete, daß dieser Vortheil durch die jährliche Mehreinrichtung von Rekruten wieder aufgehoben würde. Richter hat einerseits die Gesamtzahl der Wochen, die durch Abkürzung der Dienstzeit erspart werden, andererseits die Zahl der Wochen ausgerechnet, die in Folge der Vermehrung des Rekrutenkontingents im Ganzen mehr abzudienen sind. Ist nun auch diese Zahl größer als jene, so wird doch deshalb an dem Vortheil der Abkürzung der Dienstzeit für den einzelnen Mann nicht das Mindeste geändert. Dem einzelnen Manne, der statt bisher 3 Jahre nun bloß 2 Jahre bei den Fahnen gehalten werden soll, kann es ganz gleich sein, daß nun auch die bisherigen Ueberzähligen und sonstigen Tauglichen dienen sollen. Diesen aber hinwiederum, die bisher gar nicht oder als Ersatzreservisten nur eine Anzahl von Wochen dienten, sind die zwei Jahre durchaus nicht von Uebel; denn sie kehren mit einer wesentlichen Erhöhung ihrer Erwerbskraft, körperlich und geistig besser geschult, an Pünktlichkeit und Ordnung gewöhnt, freieren Blickes zu ihrem bürgerlichen Berufe zurück. Warum zögen denn sonst Fabrikanten und sonstige Arbeitgeber aller Art gediente Leute vor? Außerdem läßt sich ohne neue, vierte, Bataillone und Verstärkung der einzelnen Jahrgänge bei den Fußtruppen die zweijährige Dienstzeit militärisch d. h. ohne Verschlechterung der Ausbildung im Heere überhaupt nicht durchführen. Die Regierung wird sie niemals gewähren, wenn nicht gleichzeitig die Tüchtigkeit und Schlagfertigkeit der Armee gesichert wird.

Für noch bedeutender erachten wir den volkswirtschaftlichen Vortheil für den Kriegsfall. Wenn jährlich 53 500 Rekruten mehr ausge-

bildet werden, so haben wir schon in 12 Jahren  $53\,500 \times 12 = 642\,000$  oder mit Anrechnung von 25 pSt. Ausfall rund 500 000 Krieger im kriegstüchtigsten Alter für die Feldarmee mehr. Dafür können 500 000 ältere Landwehrleute, die nach dem gegenwärtigen Stande der Dinge sofort marschieren müßten, zu Hause bleiben oder nur im Stappen- und Besatzungsdienst verwendet werden. Volkswirtschaftlich ist es durchaus nicht gleich, ob so viel jüngere oder so viel ältere Leute in die Feldschlachten ziehen. Im Jahre 1870 ist die deutsche Feldinfanterie ohne Landwehr überhaupt nur mit 420 000 Mann ausgerückt. Nach einer Statistik vom Jahre 1885 sind im Alter von 20—25 Jahren 7,4 pSt. Männer, im Alter von 30—35 Jahren dagegen 76 pSt. verheirathet. Der ältere Mann hat aber nicht nur eine Frau und Kinder, er hat auch ein Geschäft oder ist in einer Stellung eingearbeitet, die mit ihm auch die Seinigen ernährt. Fällt er, oder wird er siech, so ist meist ein ganzer Hausstand auf Jahre und Jahrzehnte hinaus ruiniert. Jüngere, kräftige Leute zu Hause zu lassen und dafür Familienväter in den Krieg zu schicken, ist eine schwere unbillige Härte und eine nach vielen Millionen zählende wirtschaftliche Verschwendung.

Was die Militärvorlage kostet, das läßt sich leicht vorrechnen. Die hier geschilderten volkswirtschaftlichen Vortheile dagegen sind unwägbar, unschätzbar. Man darf sich deshalb auch durch die 55 Millionen Mark dauernde Mehrbelastung nicht schrecken lassen. Richter hat ausgerechnet und die Socialdemokraten machen es ihm gelehrt nach, daß seit 1871 12 Milliarden Mark für das deutsche Heer ausgegeben worden sind. Die nothwendige Gegenrechnung aber, die in der Erhaltung des Friedens, in dem Schutz aller Erwerbsthätigkeit vor Kriegsgefahr, in der vom Heere an Millionen von Menschen geleisteten Kulturarbeit gegeben ist, die wird den Wählern gewöhnlich ganz unterschlagen. Die 12 Milliarden sind gänzlich verschwendet gewesen und ebenso viel Milliarden mindestens kostet es uns auf einem Brett, wenn uns einmal der Krieg in's Land kommt und das Heer nicht stark genug ist, unsere Grenzen zu schützen.

Wer am 15. Juni einen Richterschen Volksparteiler, einen Socialdemokraten oder einen Centrumsdemokraten wählt, der stimmt der Wirkung nach gegen die **zweijährige Dienstzeit im Frieden und für die Blut- und Gutopfer unserer im wirtschaftlich bestem Alter stehenden Familienväter im Kriege.**

### ✠ Wähler habt Acht!

Die zahlreichen falschen Zahlenangaben und Entstellungen der Thatfachen, mit denen in den von der Freisinnigen Zeitung vertriebenen Flugblättern Stimmenfang zu treiben versucht wird, sind jetzt vom Reichs- und Staatsanzeiger gründlich aufgedeckt und widerlegt worden. Wir gehen danach nochmals auf das Wichtigste an den Entstellungsversuchen und in den wirklichen Unterschieden zwischen den Regierungsforderungen und dem „Angebot“ Richters ein.

Die Regierung fordert 53 500 Rekruten jährlich mehr. Die bisherige Ausbildung von 17 500 Ersatzreservisten soll wegfallen, weil sie bei Einführung der zweijährigen Dienstzeit absolut unmöglich ist. Die freisinnige Volkspartei bietet 25 000 Rekruten, d. i. 28 500 weniger, nebst Beibehaltung der Ersatzreserveübungen, die dann eben unausführbar sind.

Die Regierung bietet zweijährige Dienstzeit für dieselbe Zeit, für welche die unentbehrlichen, in der Vorlage scharf begrenzten Ausgleichsmaßregeln festgesetzt werden. Die freisinnige Volkspartei fordert zweijährige Dienstzeit auf unbeschränkte Dauer, ohne die nothwendigen Ausgleichsmaßregeln bewilligen zu wollen.

Die Regierung fordert eine Erhöhung der Friedensstärke des Heeres um 70 000 Mann als Durchschnittsstärke d. h. sie will in der Lage sein, am allgemeinen Einstellungstermin im Oktober eine gewisse Anzahl Rekruten über die normale Zahl einstellen zu können als Ersatz für den während der Ausbildung eintretenden Abgang durch Tod, Unbrauchbarkeit und dergleichen. Daß deshalb die Präsenzerhöhung nicht 70 000 sondern 90 000 betrage, ist eitel Blendwerk; nicht ein einziger Mann wird deshalb mehr eingestellt. Die freisinnige Volkspartei bietet

überhaupt keine Präsenzerhöhung und will nach wie vor den Ersatz für Abgänge erst im Laufe des Jahres eingestellt haben, was bei zweijähriger Dienstzeit, wie auch das Centrum einstimmig anerkannte, militärisch unmöglich ist.

Die Richterschen Flugblätter geben die gegenwärtige deutsche Friedenspräsenz fälschlich mit 502 000 Mann statt 495 000 (mit 9 000 Einjährigen) an. Bei der französischen Friedensstärke dagegen werden Abzüge für Ausfälle, Batangen und dergleichen gemacht und so nur 502 000 Mann gewonnen statt der wirklichen 520 000 Mann. Würde in gleicher Weise die deutsche Friedenspräsenz berechnet werden, so kämen 475 000 Mann heraus, aber nicht 502 000, also 27 000 Mann weniger als in Frankreich. Das Rekrutenkontingent wird in den Schwindelflugblättern für Deutschland mit 211 000, das sind, wenn man den Nachersatz unberücksichtigt läßt, mindestens 20 000 Mann zu viel, für Frankreich andererseits mit 214 000, das sind 16 000 Mann zu wenig angegeben.

Nach der Forderung der Regierung würde die künftige Kriegsstärke sein fast 4 300 000 Mann (nicht 4 348 000 bis 4 548 000), nach dem freisinnigen Angebot 3 750 000 (nicht 4 150 000 bis 4 350 000), d. h. wenig höher als nach dem gegenwärtigen Stande. Die französische Kriegsstärke ist 4 053 000 Mann.

Die Unrichtigkeit der meisten der falschen Angaben war Herrn Eugen Richter bereits in der Militärkommission eingehend und für alle übrigen Mitglieder überzeugend nachgewiesen worden.

Wie es im „Reichs- und Staatsanzeiger“ geschehen ist, so muß allenthalben den falschen Vorspiegelungen — die meisten sind in dem Flugblatt „Steuerzahler habt Acht“ enthalten — auf's Entschiedenste entgegengetreten werden, um die Wähler vor Täuschungen zu bewahren.

## Politische Tagesfragen.

### Die Windthorst'schen Resolutionen.

Der Reichsanzeiger schreibt: Obgleich die verbündeten Regierungen für die dem neuen Reichstag zu machende Militärvorlage den Antrag des Abg. Freiherrn von Huene als Grundlage angenommen haben, hört ein Theil der Centrumpresse in Unhalt an den Wahlausruf des Fraktionsvorstandes der Partei nicht auf, seine Angriffe auf die Behauptung zu stützen, es würde jener Antrag im Widerspruch zu den Windthorst'schen Resolutionen von 1890, weil durch seine Annahme die zweijährige Dienstzeit nicht gesetzlich eingeführt, dagegen die allgemeine Wehrpflicht durchgeführt werde. Beide Behauptungen sind falsch. Ein Widerspruch zwischen dem Antrag Huene und den Resolutionen Windthorst existirt nicht.

Der Antrag Huene will in Art. II. § 1 die zweijährige Dienstzeit der Fußtruppen für solange gesetzlich festlegen als die Compensationen dafür auf demselben Wege gewährleistet werden. Die Resolutionen Windthorst fordern unter Nr. 4 die Verbündeten Regierungen nur auf, die Einführung der gesetzlichen zweijährigen Dienstzeit in Erwägung zu nehmen. Diese Erwägung ist erfolgt, und soll ihr durch den Antrag Huene praktische Folge gegeben werden.

Die Resolutionen Windthorst sprechen ferner unter Nr. 1 die Erwartung aus, daß die verbündeten Regierungen Abstand nehmen würden von der Verfolgung von Plänen, durch welche die Heranziehung aller wehrfähigen Mannschaften zum aktiven Dienst durchgeführt werden soll, indem dadurch dem Deutschen Reiche geradezu unerschwingliche Kosten erwachsen würden.

Aus dem Antrag Huene erwachsen dem Deutschen Reiche Kosten, die nach dem Urtheil der deutschen Finanzminister und der ersten deutschen Sachverständigen auf volkswirtschaftlichem Gebiet sowie nach Vergleich mit den gleichen Aufwendungen anderer Staaten nicht unerschwinglich sind.

Nach dem Antrag Huene würden ferner nicht alle Wehrfähigen zum aktiven Dienst herangezogen werden, es würden vielmehr schon im nächsten Jahre nach Maßgabe der Resultate des diesjährigen Musterungsgeschäfts etwa 90 000 taugliche Wehrpflichtige nicht zur Einziehung gelangen, eine Zahl, die infolge der steigenden Bevölkerung von Jahr zu Jahr wachsen muß.

### Richtigstellung.

Aus dem „Badischen Beobachter“ ist in einen Theil der Tagespresse die Mittheilung übergegangen, daß beim Musterungsgeschäft in Mannheim ein Einäugiger, trotzdem er ein Glasauge trägt, ausgehoben sei; später hat das genannte Blatt seine Behauptung dahin modificirt, daß der betreffende Mann zuerst der Infanterie überwiesen und erst nachträglich zum Landsturm designirt worden sei. Hierzu bemerkt der Reichsanzeiger:

Mußte diese Mitteilung jedem, welcher nur die geringste Erfahrung und Urtheilsfähigkeit in militärischen Dingen besitzt, schon von vornherein als unglaubwürdig erscheinen, so haben auch die angestellten Ermittlungen die absolute Unwahrheit und Haltlosigkeit jener sensationellen Nachricht ergeben. Denn jener mit Namen und in Person ermittelte Militärpflichtige ist nicht ausgehoben, sondern im Musterungstermin sofort dem Landsturm überwiesen worden.

### Die Ansprache des Grafen Kaluoch

an die österreichischen Delegationen, in der er die augenblickliche politische Lage als sehr friedlich hinstellt, ist von oppositioneller Seite thörichter Weise zur Bekämpfung der Militärvorlage verwendet worden. Es ist nun freilich überflüssig, hiergegen aufzutreten, denn wer es jetzt noch nicht begriffen hat, daß die Militärvorlage nicht auf einen morgen zu erwartenden Krieg zugeschnitten ist, der lernt's eben nie, aber da es eine freisinnige Preßstimme ist, so sei den Ausführungen der „Danz. Ztg.“ hier Raum gegeben. Das Blatt schreibt:

„Wie man auch zu der Militärvorlage stehen mag, aus den Mittheilungen, die den österreichischen Delegationen gemacht worden sind, kann man Gründe gegen die Verstärkung der deutschen Heeresmacht nicht herleiten. Das Gegentheil wäre gerade so berechtigt, wie wenn ein Baumeister von der Anlage eines Blüthableiters absehen wollte, weil im Augenblick am Himmel keine Spur eines Gewitters zu entdecken sei. Die Militärvorlage hat mit der gegenwärtigen politischen Constellation nichts zu thun, schon aus dem einfachen Grunde, weil die Vermehrung der zum Kriege ausgebildeten Mannschaften in einem halbwegs erheblichen Umfange erst nach einer längeren Reihe von Jahren in die Erscheinung tritt. Drohte die Gefahr einer kriegerischen Verwickelung unmittelbar, so würde es sich empfehlen, von einer Aenderung in der bisherigen Organisation des Heeres Abstand zu nehmen. So lange Frankreich an dem Revanchegeanken für 1870/71 und an der Rückforderung Elsaß-Lothringens festhält und zur Durchführung dieses Gedankens weitertrübt, sind normale Verhältnisse auch auf dem militärischen Gebiet ausgeschlossen.“

### † Der Dekan Lender,

der den Muth gehabt hat, als einer der ersten seine der Haltung des Centrums entgegengesetzte Stellung zur Militärvorlage offen auszusprechen, hielt in Achern in Baden vor einer zahlreichen Zuhörerschaft eine Wahlrede, die die Centrumswahlversammlung zu einer solchen zu Gunsten der Militärvorlage machte. Er führte darin seine Gründe aus, die ihn bewogen hätten, für die Militärvorlage zu stimmen. Erstens habe der Reichskanzler den Beweis der Nothwendigkeit erbracht und Graf Caprivi sei ein Ehrenmann, dem man aufs Wort glauben müsse und ein im Dienst ergrauter Soldat, der von militärischen Dingen mehr verstehe als Laien, ferner habe er als Reichskanzler einen ganz anderen Ueberblick über die politischen Verhältnisse, als jeder Laie. Wenn Frankreich unausgesetzt rüste, so geschehe dies, da es von niemand bedroht sei, nur gegen Deutschland, und wer wolle leugnen, daß in Rußland eine deutschfeindliche Stimmung herrsche? Zweitens seien sehr viele hochangesehene und erfahrene Männer, die anfänglich der Militärvorlage ablehnend gegenüber gestanden hätten, nach eingehendem Studium zu einer anderen Ueberzeugung gelangt, und er wisse ganz bestimmt, daß diese Ueberzeugung noch manche andere Abgeordnete mit nach Hause nehmen, daß sie aber aus Furcht vor Anfeindungen gegen ihre Ueberzeugung gestimmt hätten. Drittens habe die Regierung bedeutende Concessionen gemacht und die Behauptung der Unerforschlichkeit der Kosten sei unwahr. Auf letzteren Punkt ging der Redner noch ausführlicher ein. Zum Schluß sagte er wörtlich: „Am 15. Juni heißt es: Die Kaiser und Reich, die Zerstörung, im Bezug auf die eine Partei, und im Bezug auf die anderen insofern, als sie dieser durch ihre Opposition gegen die Militärvorlage Vorschub leisten.“

### Dummes Zeug.

Die „Germania“ berechnet, „was den Bauer die Militärvorlage kostet“ in folgender Weise: „Lohn eines Knechts 180 Mark, Kost desselben 210 Mark, Zugaben zum Lohn 20 Mark, baar dem Sohn 20 Mark, zusammen 490 Mark. Zieht man sogar (!) die Kost nicht in Betracht, weil ja der Sohn in der Kaserne beköstigt wird, so bleiben immer noch 250 bis 300 Mark.“

Zunächst ergeben die angeführten Zahlen zusammengerechnet nicht 490, sondern 430 Mark, zieht man die 210 Mark für Beköstigung des Knechts, die selbstverständlich nicht in Betracht kommen können, da der Bauer nun doch nicht den Sohn zu beköstigen braucht, ab, so bleiben nicht 250 bis 300, sondern 220 Mark. Einiges Baargeld würde der Sohn zu Hause wohl auch gebrauchen, und Kleidung doch wohl auch, und somit reduzieren sich die ausgerechneten 490 Mark der „Germania“ vielleicht auf 100 Mark. Aber auch angenommen, diese Summe wäre für einen Bauer schwer aufzubringen, so ist es doch unerfindlich, wie die Centrums-

presse aus diesem Grunde gegen die Militärvorlage auftreten kann, nach der der Bauer diese ungeheure Last nicht mehr drei sondern nur zwei Jahre lang tragen soll. — Man sieht, die Logik der Opposition wird immer tiefer, so tief, daß ein gewöhnlicher Mensch sie nicht mehr begreifen kann.

### Patrioten.

Herrn Dr. Lieber ist bekanntlich der Bestand der Centrumspartei weit wichtiger, als der Bestand des deutschen Reiches; Herrn Dr. Sigl's schmachtvoll antideutsche Gesinnung ist bekannt, er wünscht auf keinen Fall einen siegreichen Krieg, dagegen wäre ihm ein unglücklicher nicht unangenehm, und der Abg. Liebknecht ist überzeugt, daß Deutschland in einem künftigen Kriege würde geschlagen werden, heißt aber trotzdem gegen die Militärvorlage. Diefem würdigen Kleeblatt schließt sich jetzt der Rechtsanwält v. Dannenberg, ein Welfe, an, der in einer Wahlrede nach dem „Hann. Cour.“ sich dahin geäußert hat: „Nach meiner Meinung ist es besser, wir verlieren einen Krieg, als daß wir noch einen Groschen für das Militär ausgeben.“

### Versehiedene Wahlnachrichten.

In Falkenberg in Schlesien ist von dem Amtsgericht ein Flugblatt mit Beschlag belegt worden, das zu Gunsten des socialdemokratischen Kandidaten Formers Oskar Schütz in Breslau die Militärverwaltung einer hochmüthigen Feindschaft gegen das Wohlergehen des Volkes beschuldigt, das „Bolk“ gegen die Bourgeoisie und den heutigen „Polizei- und Militärstaat“ aufhebt, die Vertheuerung des Roggens durch den Zoll von etwa „100 auf 150 Mark für die Tonne“ als Lebensmittelmucher bezeichnet u. s. w. Es ist eine blutige Ironie, daß sich das Flugblatt dabei noch in der Ueberschrift an „Bürger, Bauern und Landarbeiter“ richtet.

Einen Beweis für die im Centrum jetzt herrschende Demagogie liefert eine Rede des Abg. Fuchs in Bochum, in der er sagte:

„Die nationalliberalen Herren bewilligen Millionen, die sie nicht zahlen, und Leute, die sie nicht stellen, also anderer Leute Geld und anderer Leute Kinder. Das ist ein sehr bequemer Patriotismus, wenn man hinter der Champagnerflasche in anderer Leute Taschen fallen kann.“

Gegen das Treiben der katholischen Geistlichkeit in Westfalen gegen die Schorlemerische Partei wendet sich eine Zuschrift an die „Köln. Ztg.“, in der es heißt:

„Während man die Partei Schorlemer als Abtrünnige darstellt, brüstet man sich mit westfälischer Treue und Zähigkeit. Eine schöne „Treue“, die das Vaterland durch Verweigerung der zu seiner Vertheidigung nothwendigen Mittel in Gefahr bringen will; sie hat wahrscheinlich mit derjenigen Treue nichts gemein, die unser Kaiser bei dem Festmahl in Münster vor vier Jahren als die schönste Charaktereigenschaft des Westfalen gepriesen hat. Doch der Tag der Abrechnung wird kommen. Die Wahl Fusangels im Wahlkreise Arnsherg-Diße-Meschede ist im März d. J. gegen den ausdrücklichen Einspruch des Centrumsvorstandes und gegen den Willen der Geistlichkeit erfolgt. Fusangel ist von neuem aufgestellt, und jetzt unterstützen ihn viele Geistliche, um es mit ihrer Gemeinde nicht zu verderben. So zieht der „Nuck nach links“ auf dem durch eine demagogische Kaplanspresse wohl vorbereiteten Felde auch diejenigen nach sich, welche die Situation zu beherrschen vermeinten. Weiter wird dann gesagt, Dr. Lieber habe den von Windthorst stets vermiedenen schweren Fehler begangen, die Verwerfung der Militärvorlage zur Fraktionsache und damit in den Händen der klerikalen Heißsporne zur Handhabe eines schweren Gewissenszwanges zu machen.“

In Oldenburg wird in den nächsten Tagen einer der Hauptredner und parlamentarischen Größen der freisinnigen Volkspartei auftreten und sodann ein Kandidat der freisinnigen Volkspartei gegen Herrn Hünze aufgestellt werden. Es wird infolge dessen wahrscheinlich der im ersten Oldenburger Wahlkreise noch nicht dagewesene Fall einer Stichwahl zwischen dem liberalen Kandidaten und dem der Socialdemokraten eintreten.

Freiherr v. Schorlemer-Alst veröffentlicht eine Erklärung, in der er sein Bedauern ausdrückt, daß der Antrag Huene nicht angenommen sei, der ohne unerträgliche Belastung des Volks die zweijährige Dienstzeit einführe, eine Verbesserung der Organisation, eine Verstärkung der Armee und eine Erleichterung für die ältere Landwehr, die Ebenbürtigkeit unserer Armee gegenüber dem Feinde und damit die Erhaltung des Friedens sichere.

Im Hinblick auf die bedrohte Lage des Vaterlandes, zur Wahrung der Ehre, Größe und Unverletzlichkeit des deutschen Reiches, vor Allem im Interesse der Erhaltung des für die wirtschaftliche Entwicklung nothwendigen Friedens wünsche und hoffe er, daß die Militärvorlage nach dem Hueneschen Antrage angenommen werde.

### Die Wacht am Rhein.

Dem Dichter der „Wacht am Rhein“ Schneckenburger ist in Thalheim ein würdiges Grabdenkmal errichtet worden. Eine Säule trägt das

Medaillonbildniß Schneckenburger's. Darunter steht die Inschrift: „May Schneckenburger, geb. den 17. Februar 1819 zu Thalheim, gestorben den 3. Mai 1849 zu Burgdorf, hierher überführt den 18. Juli 1886, Dichter der Wacht am Rhein.“ Die Einweihung des Grabmals gestaltete sich zu einer erhebenden Feier, die mit dem gemeinsamen Gesang der „Wacht am Rhein“ beendet wurde.

## Politische Wochenschau.

### Aus dem Inlande.

Der Kaiser

nahm in der vergangenen Woche die großen Frühjahrsparaden über die Berliner und Potsdamer Garnisonen auf dem Tempelhofer und Bornstedter Felde ab. Diejem alljährlich wiederkehrenden großartigen militärischen Schauspiel wohnte wie gewöhnlich ein glänzendes Gefolge von hohen fremden Offizieren bei, an erster Stelle der Prinz Viktor von Italien, Graf von Turin, der vom Kaiser, dessen Gast er ist, zum Chef des Gardekürassierregiments ernannt wurde. Er nahm sodann auch an den sich in den folgenden Tagen anschließenden Besichtigungen der einzelnen Kavallerieregimenter Theil und wird sicher einen tiefen Eindruck von dem preussischen Heerwesen mit in seine Heimath zurücknehmen.

Eine politisch hochbedeutende Kundgebung ist in dieser Woche wiederum zu verzeichnen:

Der Großherzog von Baden,

dessen jüngste Rede bei der Feier des zwanzigjährigen Jubiläums des Heidelberger Militärvereins vielfach mißdeutet und von der Opposition gegen die Militärvorlage verwerthet worden war, hat auf dem Verbandstage des badischen Militärvereinsverbandes in Offenburg wiederum eine Rede gehalten, die über seine Stellung zur Militärvorlage völlige Klarheit bringt, und den Beweis liefert, daß auch der Großherzog unbedingter Anhänger derselben ist. Um jeder Mißdeutung von vornherein vorzubeugen, hat der Großherzog seine Rede sogar schriftlich festgelegt. Er erinnerte darin an den Ausspruch des Erzherzogs Karl von Oesterreich, der Krieg sei das größte Uebel, das einem Staate widerfahren könne, es müsse daher die Haupt Sorge eines Regenten sein, alle nur möglichen Kräfte gleich bei Ausbruch des Krieges aufzubieten, um ihn möglichst schnell und auf möglichst günstige Art zu beendigen. Ein großer Zweck aber könne auch nur durch große Anstrengungen erreicht werden, deshalb müßten die Anstrengungen gemacht werden. Er forderte darauf die Hörer auf, den geraden Weg der Ehre zu gehen und nur solche Männer zu wählen, die entschlossen seien, das Reich vor Demüthigungen zu bewahren. — Die Rede wurde mit großem Jubel aufgenommen und im Anschluß daran ein Guldigungstelegramm an den Kaiser gesandt, der auf telegraphischem Wege seinen Dank abstattete. Der Patriotismus der Kriegervereine ist der „Freisinnigen Zeitung“ ein solcher Dorn im Auge, daß die den geschmackvollen Ausdruck „Kriecherverein“ erfunden hat.

Aus einigen Wahlkreisen kommt ja allerdings die erfreuliche Mittheilung, daß sich die der Militärvorlage günstig gesinnten Parteien auf einen gemeinsamen Kandidaten

geeignet

haben, aber dies geschieht noch viel zu selten. Und doch muß es immer wieder laut betont werden: Es handelt sich bei den Neuwahlen um eine nationale Lebensfrage, neben der alle Parteirücksichten in den Hintergrund treten müssen, und wer lau ist, oder zur Zerstückelung der nationalen Stimmen beiträgt, der arbeitet damit für die Gegner der Militärvorlage und gegen das Vaterland.

Die Spaltung im Centrum

hält an, es ist eine Reihe von Kandidaten für die Militärvorlage aufgestellt worden, und von vielen Seiten kommen Stimmen, die sich nicht mit der Haltung des Centrums einverstanden erklären. In manchen Centrumswahlkreisen herrscht offener Kampf, in anderen gelingt es der Autorität der Führer, ihn zu verhindern. Im allgemeinen schreitet die Demokratisirung des Centrums unter Herrn Dr. Lieber's Führung immer fort, was auch schon daraus hervorgeht, daß die Zahl der konservativen adeligen Kandidaten bedeutend zurückgegangen ist, denn während bisher unter den Centrumsabgeordneten 29 dem Adel angehörten, sind jetzt nur 11 adelige Kandidaten aufgestellt.

### Aus dem Auslande.

In Frankreich

handelt man gegenwärtig nach dem Wahlspruch: Vorsicht ist die Mutter der Weisheit! Der Kriegsminister hat die Berathung des neuen Cadresgesetzes, welches die Zahl der Offiziere für die Bataillonsstämme vermehren

soll, bis nach dem Ausfall der deutschen Wahlen hinausgeschoben, weil er fürchtet, eine vorzeitige Berathung jenes Gesetzes in der Kammer könnte die deutschen Wähler sofort zu Gunsten der deutschen Militärvorlage stimmen. Das wird hoffentlich genügen, um die deutschen Wähler vorsichtig zu machen. — Der frühere Minister des Innern, Constans, ist, da im August neue Parlamentswahlen bevorstehen, mit einem Programm in den Wahlkampf eingetreten, welches die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich gezogen hat; er glaubt, daß nunmehr die früheren Gegner der Republik ganz für diese Staatsform gewonnen seien und hofft, daß sich nunmehr mit Hilfe dieser eine starke, innere Politik in Scene setzen lassen werde; er will den religiösen Frieden, sociale Reformen und Besserung der Lage der Landwirthschaft. Von einer auf eine große Majorität gestützten, starken Regierung hofft er vor Allem eine Vervollkommnung des Verhältnisses zu Rußland. Im Uebrigen erklärt er, daß Frankreich zwar den Frieden wolle, aber alle seine Rechte aufrecht erhalte. Welche „Rechte“? Es scheint so, als ob er damit die angeblichen Rechte auf Elsaß-Lothringen gemeint habe. In Frankreich hat die Rede auf allen Seiten mit Ausnahme der Radikalen und Socialisten Beifall gefunden, man erblickt in Constans schon den zukünftigen Ministerpräsidenten und Minister des Aeußeren. — Man spricht immer so viel von dem Reichthum und der wirtschaftlichen Blüthe Frankreichs, um daraus seine fortgesetzte Opferwilligkeit für Militärszwecke zu erklären. Diese Blüthe und der Reichthum gehören aber wohl der Vergangenheit an. Seit Jahr und Tag bleiben die Zoll- und Steuereingänge stark hinter den früheren zurück; so sind die Steuereingänge allein im Monat Mai hinter dem Voranschlag um 6 Millionen Mark, die Zoll- und Steuereingänge hinter dem Mai vorigen Jahres um 17 Millionen Frs. zurückgeblieben. Aber schwerlich wird ein Deputirter daraus den Schluß ziehen, daß für das Militär oder für die Wiedergewinnung von Elsaß-Lothringen keine Ausgaben mehr gemacht werden dürfen. Bei uns ist das anders!

In Oesterreich-Ungarn

hat Graf Kalnochy in den Delegationsverhandlungen die gegenwärtige Lage der inneren Politik beleuchtet, und da er von einem Fortschritt der freundschaftlichen Beziehungen Rußlands zu Oesterreich sprach, und überdies es als möglich hinstellte, daß allmählich sich die Friedensliebe der Völker zu einem normalen Zustand des Friedens verdichten werde, hat man geglaubt, es könne von irgendwelchen Gefahren für den Frieden überhaupt nicht mehr die Rede sein. Indes hat Graf Kalnochy doch auch ausdrücklich gesagt: „so lange die Möglichkeit nicht ausgeschlossen ist, daß wir vor Gefahren zu stehen kommen können, welche die Existenzbedingungen des Staats zu erschüttern vermögen, ist es Pflicht der Regierungen, die organisatorischen Verbesserungen und militärischen Vorkehrungen mit aller Energie weiter zu entwickeln, damit uns das Gefühl der Sicherheit für alle Fälle erhalten bleibt.“ Wenn der leitende österreichisch-ungarische Minister die Lage vielleicht etwas stark rosig gefärbt hat, so wird man immer bedenken müssen, daß Oesterreich-Ungarn gegenwärtig in der Reform seiner Münzwährung begriffen ist, also wirtschaftliche Gründe dafür sprechen, alle Momente, die etwa zu Beängstigungen Anlaß geben könnten, fern zu halten. Wie der Post aus Petersburg telegraphirt wird, war es für die dortigen politischen Kreise kein Geheimniß, daß der Besuch Stambulows in Wien eine Verstimmung Rußlands herbeigeführt hatte, die auch in dem Unterlassen des Wiener Besuchs des Großfürsten Wladimir seiner Zeit zum Ausdruck kam. Zum Nachlassen der Spannung zwischen den Kabinetten von St. Petersburg und Wien hat wohl das Verhalten Deutschlands beigetragen, welches es erreichte, daß der bereits geplante Besuch des Prinzen Ferdinand in Konstantinopel unterblieb.

In Belgien

ist man noch mit dem Wahlgesetz beschäftigt. Nachdem das allgemeine Wahlrecht beschlossen, hat man nunmehr auch die Wahlpflicht ausgesprochen: d. h. jeder Wahlberechtigte ist bei Strafe verpflichtet seine Stimme abzugeben.

In England

beräth man immer noch Artikel 3 der Home-Rule-Vorlage; ein Abschluß der Berathungen ist noch nicht abzusehen.

In Italien

hat das Ministerium Giolitti im Senat durch Annahme des Pensionsgesetzes, die eine Zeit lang fraglich erschien, mit 137 gegen 113 Stimmen einen Sieg davon getragen und sich somit von Neuem befestigt.

In Spanien

haben in den Baskischen Provinzen und in Navarra Kundgebungen auf Wiederherstellung alter provinzieller Sonderrechte stattgefunden: der liberalen Regierung von Sagasta sind hiermit neue, schwere Aufgaben gestellt.